

PPP für Preußens Gloria

Hintergrund. Heute wird der Grundstein für das »Public Private Partnership«-Projekt »Berliner Stadtschloß« gelegt

Benedict Ugarte Chacón

Nach mehrjähriger Verzögerung ist es heute soweit. Freunde vordemokratischer Restauration im Verbund mit selbsternannten Kultureliten feiern die Grundsteinlegung für das von Bund und Berlin gemeinsam mit einem privaten Förderverein getragene Großprojekt »Berliner Stadtschloß«. Der heutige Festakt, an dem nach Angaben der »Stiftung Berliner Schloß – Humboldtforum« 1000 geladene Gäste teilnehmen werden, findet im Beisein des Bundespräsidenten Joachim Gauck statt. Dieser hatte 2012 die Schirmherrschaft über die Stiftung übernommen. Er begründete dies seinerzeit mit den »zukunftsgerichteten Aspekten« des Vorhabens. Mit dem Humboldtforum im neu errichteten Schloß würde »Deutschlands Rolle in einem fruchtbaren und konstruktiven Dialog der Kulturen der Welt« unterstrichen. Das Stadtschloß soll das »Grand Projet einer Kulturnation« werden – dieser Auffassung ist zumindest der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz (SPD), der diese hehren Worte bei der Eröffnungsfeier der Humboldt-Box, einem Übergangsbau am Schloßplatz, wählte. Ähnlich sieht es Manfred Rettig, Vorstand der Stiftung Berliner Schloß. Er spricht von dem Neubau als einem »Schaufenster« für die Bundesrepublik Deutschland – was deutlich an die alte Westberliner Tradition erinnert, sich als »Schaufenster des Westens« gegen die sozialistische Umgebung abzusetzen.

Ebenso verquast kommt es aus der Berliner Politik. So heißt es im Einladungsschreiben der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu einem Podiumsgespräch mit dem »Schloßherrn« Wilhelm von Boddien, das vor einigen Tagen stattfand: »Berlin setzt mit der Errichtung des Stadtschlusses und des Humboldtforums ein großes Signal für die Stadt und die gesamte Republik. (...) Mit dem rekonstruierten Stadtschloß und seiner historischen Kuppel nimmt bürgerschaftliches Engagement für Berlin und seine Gäste weithin sichtbar Gestalt an.«

Die Art von »bürgerschaftlichem Engagement«, wie sie beim Stadtschloß praktiziert wird, ist so recht nach konservativem Geschmack. Den »Bürgern« wird – anders als im Mittelalter – weder Land noch Geld abgepreßt, um herrschaftliche Prachtbauten zu finanzieren, sondern sie werden demokratisch vor die Wahl gestellt: Entweder spenden sie freiwillig für den Bau oder kommen eben mit ihren Steuergeldern dafür auf. Und wie es sich für richtige Schloßfeierlichkeiten gehört, hat das gemeine Volk bei der Grundsteinlegung gefälligst außen vor zu bleiben. »Leider ist aus Sicherheitsgründen diese Veranstaltung nicht öffentlich«, heißt es beim Förderverein. Dafür soll es am 16. Juni einen »Tag der offenen Baustelle« geben. Zu hören sein werden dort zwar nicht wie bei der Grundsteinlegung die Bläser der Berliner Staatskapelle unter Daniel Barenboim, aber immerhin das Stabsmusikkorps der Bundeswehr »mit berühmten Berliner Weisen«. Doch bei allem Brimborium rund um den Neubau bleibt eines festzuhalten: Bei der Rekonstruktion des Stadtschlusses handelt es sich nicht allein um ein Kulturprojekt, sondern auch um eine Public Private Partnership, die wie so oft einigen finanziellen Unwägbarkeiten unterliegt.

Rolle der Fördervereine

Die ältesten Teile des ursprünglichen Berliner Stadtschlusses stammen aus dem 15. Jahrhundert. Das Schloß war einige Jahrhunderte lang die Residenz der brandenburgischen Markgrafen, preußischen Könige und deutscher Kaiser. Im Zweiten Weltkrieg schlugen mehrere Bomben in den Gebäudekomplex ein, 1945 brannte es vollständig aus. Die Führung der DDR unter Walter Ulbricht begann 1950 mit der Sprengung der verbliebenen Gebäudeteile. In den 70er Jahren wurde der Palast der Republik auf Teilen des ehemaligen Schloßgeländes errichtet. Einige Skulpturen, die ursprünglich dorthin gehörten, finden sich heute über ganz Berlin verteilt. So zum Beispiel der Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus, die Löwenfiguren im Tierpark Friedrichsfelde oder St. Georg mit Drachen im Nikolaiviertel.

Die Wiedererrichtung des gesprengte Prunkbaus brachte insbesondere der »Förderverein Berliner Schloß e.V.« seit Anfang der 1990er Jahre in die Diskussion. Gegründet wurde der Verein im Jahr 1992 durch den Lübecker Unternehmer Wilhelm von Boddien. Dieser wiederum ist Berlin schon seit längerem verbunden. Im Jahr 1994 wurde er Geschäftsführer der »Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH«, die heute unter »Berlin Partner GmbH« firmiert. Aufgabe dieser PPP-Gesellschaft, die von der Investitionsbank Berlin, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer sowie einer »Partner für Berlin«-Holding aus 50 Unternehmen getragen wird, sind in erster Linie Wirtschaftsförderung und Standortmarketing. Nach Mathew D. Rose, dem Korruptionsforscher mit dem Spezialthema »Berlin«, handelte es sich bei den Partnern für die Hauptstadt zum Zeitpunkt des Engagements von Boddien um eine Nachfolgegesellschaft der »Berlin 2000 Marketing GmbH«. Diese war wiederum kurze Zeit davor in das Desaster um die gescheiterte Bewerbung Berlins für Olympia 2000 verwickelt.

Schon 1993 ließ von Boddien als Werbung für seine Schloßmission mit seinem Verein in Berlins Mitte eine Simulation der Fassade in Originalgröße aufstellen. Nach Ansicht des Vereins war das zerstörte Herrschaftshaus einst »das Gravitationszentrum Berlins«. Die noch erhaltenen historischen Gebäude in Berlins Mitte hätten mit dem Schloß »ein unvergleichliches Ensemble Berliner Identität« gebildet.

Laut Satzung ist der Zweck des Vereins, der über ganz Deutschland verteilt regionale »Freundeskreise« unterhält, »die Förderung des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses in weitestgehender Originaltreue seiner Fassaden und Höfe sowie wichtiger historischer Innenräume für Bildungs- und kulturelle Zwecke«. Hierzu wirbt er um Spenden, mit denen auch Architekten- und Bauleistungen finanziert werden sollen, die dann den eigentlich mit dem Bau beauftragten Stellen überlassen werden sollen. Nach eigenen Angaben begann er im Jahr 2004 mit der Spendensammlung und hat es sich zum Ziel gesetzt, 80 Millionen Euro zu erreichen. Bislang sind davon nur rund 25 Millionen Euro eingegangen, 55 Millionen Euro fehlen also noch. Hierzu heißt es auf der Homepage des Vereins: »Angesichts des erheblichen politischen Widerstands gegen das Vorhaben, bei dem alle Register bis hin zur Diskriminierung unserer Arbeit gezogen wurden, sind wir stolz darauf, dieses Ergebnis bereits erzielt zu haben.«

Allerdings wäre es mit dem Einsammeln von 80 Millionen Euro nicht getan. Diese Summe soll zwar für die Rekonstruktion der Fassade ausreichend sein. Hinzu kommen jedoch die laufenden Ausgaben des Vereins, die ebenfalls erwirtschaftet werden müssen. Immerhin betragen allein die Kosten für dessen Mitgliederbetreuung 2011 320000 Euro, wie aus seinem

Jahresabschluß hervorgeht. Für seine Öffentlichkeitsarbeit wandte der Verein im selben Jahr 323000 Euro auf. Personalkosten sind hierbei noch nicht eingerechnet.¹ Insgesamt ergibt sich also eine beachtliche Summe, die der Verein jährlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge zusammenbekommen muß, allein um seinen Betrieb zu sichern.

Dennoch spielt der Verein eine große Rolle bei der politischen Legitimation des Neubaus. Denn durch diese Art von bürgerschaftlichem Engagement kann darüber hinwegtäuscht werden, daß der Wiederaufbau des Schlosses keinesfalls von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Zumindest war dies noch im Jahr 2010 so, als die Berliner Zeitung am 2. Juni die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vermeldete, wonach 80 Prozent der Hauptstädter der Meinung seien, »daß angesichts der derzeitigen Haushaltslage von Bund und Ländern auf den geplanten Neubau des Berliner Stadtschlosses verzichtet werden sollte. In Ost und West ist das Stadtschloß dabei gleichermaßen unbeliebt.« Seine Befürworter mochten dies allerdings nicht auf sich sitzen lassen. Und so gab der Förderverein seinerseits eine Umfrage in Auftrag, nach deren Ergebnis 70 Prozent der Berlinerinnen und Berliner »hinter dem zur Zeit größten nationalen Kulturprojekt Deutschlands« stünden.²

Von Boddien's Förderverein ist nicht der einzige Zusammenschluß, der um Spenden für den Neubau wirbt. Auch die »Gesellschaft Berliner Schloß«, die nach eigenem Verständnis einen weiter gefaßten Aufgabenbereich hat als die bloße Wiederherstellung der Fassade, bemüht sich darum. Hinzu gesellte sich bis vor einiger Zeit eine merkwürdige »Stadtschloß Berlin Initiative« des hiesigen Rechtsanwalts Lür Waldmann. Deren Konzept sah eine vollständig privat finanzierte Rekonstruktion durch eine Aktiengesellschaft »Stadtschloß Berlin« vor. Der fertige Bau sollte sodann als Veranstaltungsort und Hotel dienen. Eigenen Angaben zufolge habe man bereits »Investoren gefunden, die das notwendige Kapital bereitstellen«. Das Angebot der Initiative wurde von Bund und Berlin jedoch ausgeschlagen.

Stiftung als Bauherrin

Die Grundlage für den nun begonnenen Wiederaufbau des Stadtschlosses bildet ein Beschluß des Bundestags vom 2. Juli 2002, dem weitere Beschlüsse folgten. Ursprünglich sollte mit dem Bau im Jahr 2010 begonnen werden, was jedoch auf Grund von Sparbemühungen der Bundesregierung verschoben werden mußte. Bereits im August 2005 wurde vom damaligen Bundesbauminister Manfred Stolpe (SPD) sowie Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) und der Berliner Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) die Kurzversion der sogenannten Machbarkeitsstudie zum Schloßneubau vorgestellt. Das eigentliche Dokument soll rund 1000 Seiten umfassen und wurde bis heute nicht veröffentlicht.

In der Studie wird noch von Baukosten in einer Höhe von 670 Millionen Euro ausgegangen, die durch ein komplexes Leasingmodell im Zuge einer Public Private Partnership über 30 Jahre finanziert werden sollten. Kritiker warfen der Politik vor, der Öffentlichkeit wesentliche Informationen vorzuenthalten, »um Stimmung für ein Projekt zu machen, bei dem erhebliche Zweifel bestehen, ob es sinnvoll zu realisieren ist. (...) Im Ergebnis stellt sich die Frage, ob bei dem Vorhaben Schloßneubau Kosten und Aufwand noch in einem gesellschaftlich vertretbaren Verhältnis stehen.«³ Im Jahr 2007 wurde ein Architekturwettbewerb ausgerufen. 2009 entschied sich die Jury für den Entwurf des Italieners Franco Stella, der sich am ursprünglichen Herrschaftsgebäude orientiert, wonach der Bau an drei Seiten mit einer nachgebildeten Barockfassade umrahmt werden soll.

Als Bauherrin und Eigentümerin des Schlosses fungiert die 2009 ins Leben gerufene

gemeinnützige »Stiftung Berliner Schloß – Humboldtforum«. Neben dieser Hauptaufgabe bemüht sie sich ebenfalls um die Akquisition von Spenden für den Neubau. Die Stiftungsleitung obliegt Manfred Rettig. Oberstes Entscheidungsgremium ist der Stiftungsrat, dem unter anderem Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums, Rainer Bomba, der Berliner Staatssekretär André Schmitz und die Berliner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher angehören. Im Kuratorium, das den Stiftungsrat beraten und unterstützen soll, finden sich so illustre Persönlichkeiten wie der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, oder der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück.

Nach Angaben der Stiftung sollen die Arbeiten an der Bodenplatte noch in diesem Jahr beendet werden. Das Richtfest soll 2015 begangen werden. Spätestens Anfang 2018 ist der Bau soweit fortgeschritten, daß mit dem Einzug der für das Humboldtforum vorgesehenen Museen begonnen werden kann. Die Eröffnung soll Mitte des Jahres 2019 stattfinden. Mit den Rohbauarbeiten wurde im Februar das Unternehmen Hochtief beauftragt. Das sogenannte Humboldtforum sehen die Initiatoren als künftigen »Ort der Weltkulturen«, an dem »Wissensproduktion und -vermittlung« stattfinden sollen. An der Ausgestaltung des Forums sind die Stiftung Preußischer Kulturbesitz bzw. das unter ihrem Dach angesiedelte Ethnologische Museum sowie das Museum für Asiatische Kunst, die Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek beteiligt. Zusätzlich zu dieser angedachten Bildungsfunktion soll das Humboldtforum mit Veranstaltungsräumlichkeiten und Gastronomieangeboten als »kultureller Treffpunkt« dienen.

Kostensteigerung vor Baubeginn

Ursprünglich lag die Kostenobergrenze für den Prunkbau trotz der oben erwähnten »Machbarkeitsstudie« bei 552 Millionen Euro. Doch schon bevor überhaupt ein Spatenstich getan war, stiegen die veranschlagten Baukosten. Und so beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages im Juli 2011 die Erhöhung der Kostenobergrenze um 38 Millionen Euro. Einzig die Linksfraktion stimmte im Bundestag gegen diese Erhöhung.

Zuvor hatte sich die im Bundesland Berlin mitregierende Partei Die Linke zwar einerseits kritisch zum Wiederaufbau des Schlosses verhalten, andererseits bewies sie mit der ihr eigenen Fähigkeit zur Dialektik, daß man gleichzeitig für und gegen ein solches Projekt sein kann: Indem man das Wort »Stadtschloß« möglichst vermied und statt dessen lieber vom Humboldtforum sprach – auch wenn das Resultat dasselbe ist. »Kein Zweifel, das Humboldtforum ist das wichtigste nationale Kultur- und Wissenschaftsprojekt des vereinten Deutschlands und nach der Ansiedelung von Parlament und Regierung im Spreebogen überdies auch das wichtigste städtebauliche Projekt in der Hauptstadt«, betonte der Linke-Abgeordnete Thomas Flierl in der Debatte des Abgeordnetenhauses am 26. April 2007. Ihre »parlamentarische Bereitschaft zur Mitfinanzierung« wollte die Berliner Linksfraktion allerdings »vom Konzept abhängig« machen.⁴

Insgesamt soll der Bau nun 590 Millionen Euro kosten. Hierzu steuert der Bund 478 Millionen Euro bei, das Land Berlin finanziert 32 Millionen Euro. Hinzu kämen die vom Förderverein zu sammelnden privaten Spenden für die Rekonstruktion der historischen Fassaden in einer Höhe von 80 Millionen Euro. Bei der Spendenakquise wurde zwischen der Stiftung und dem Förderverein nach Aussagen von Boddies Arbeitsteilung vereinbart. Demnach kümmert sich der Förderverein um das »Massengeschäft«, wohingegen die Stiftung sich um Großspender bemühe.⁵ Als seinen bisherigen Beitrag gibt der Förderverein an, daß die Stiftung bereits rund 40 Prozent der benötigten Vorlagen für die Fassade von ihm

übernommen habe, was einem zweistelligen Millionenwert entspräche. Zudem habe er »auch schon Millionenbeträge an die Stiftung in Geld« überwiesen.

Ob die benötigten privaten Spendengelder wirklich zusammenkommen werden, war zumindest dem Berliner Senat Ende letzten Jahres nicht klar. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Piratenfraktion heißt es hierzu: »Der aus Spenden zu erbringende Finanzierungsanteil für die historischen Fassaden wird in voller Höhe erst mit sichtbarem Baufortschritt erwartet.« Nach Angaben des Senats ist es aber immerhin vertraglich zwischen dem Bund und ihm geregelt, daß »das Land Berlin keine Mehrkosten aufgrund steigender Baukosten oder wegen ausbleibenden Spendenaufkommens trägt«. Auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hofft in der Berliner Morgenpost vom 4. Juni 2013 auf einen steigenden Spendeneingang, sobald nach Beginn des Baus »das Schloß sichtbar wird«.

Notfalls Vater Staat

Da es demnach mit der Spendenakquise zur Zeit wohl noch etwas holpert, war man – glaubt man in der »Hauptstadtspresse« kolportierten Meldungen – auf seiten der Stiftung dann doch sehr erleichtert, als sich im März dieses Jahres ein angeblich anonymes Spender dazu bereiterklärte, einen Großteil der Kosten für die Nachbildung der historischen Dachkuppel zu tragen. Denn – das meint zumindest Stiftungsrat Wolfgang Thierse – ein Schloß ohne »historische« Kuppel sei ein »Schaden für Deutschland«, wie er im Juli 2011 gegenüber der Nachrichtenagentur dpa betonte.

Was hingegen bisher problemlos zu funktionieren scheint, ist das an den Schloßaufbau angedockte und weithin sichtbare Projekt Humboldt-Box. Diese wurde am 29. Juni 2011 eröffnet. In dem Übergangsbau soll über die geplante »historische Fassade« des Schloßneubaus sowie das Humboldtforum informiert werden. Wozu es für solch einen Kultur- und Museumsstandort eine barocke Fassade braucht, konnte von den Schloßverfechtern bislang allerdings nicht schlüssig erklärt werden. Der Förderverein beteiligt sich hier mit einer Ausstellung. Bei der Eröffnung der Box bedauerte der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz (SPD), daß eine öffentliche Finanzierung nicht bewerkstelligt werden konnte. Gleichzeitig lobte er die Art von privater Informationsvermittlung per Infobox als »demokratische Errungenschaft in der deutschen Baukultur«, da sie als »Manifest der Transparenz« die Anteilnahme der Öffentlichkeit am entstehenden Schloßbau ermöglichen würde.

Die Humboldt-Box hat allerdings nichts mit dem Wiederaufbau des Schlosses zu tun – zumindest nicht finanziell. Sie firmiert als ein Projekt der Humboldt-Box Projekt GmbH & Co KG mit Sitz in Neuss. Unter derselben Adresse residiert die Megaposter GmbH, die auch über dieselbe Telefonnummer wie die Humboldt-Box Projekt GmbH erreichbar ist. Das Unternehmen ist spezialisiert auf großformatige Werbepanels. Es gibt als Referenzen u.a. die »Verhüllung des Brandenburger Tores mit kreativen Werbemotiven« während dessen Sanierung sowie eine ähnliche Maßnahme bei der Sanierung des Charlottenburger Tores an, die sie als »öffentlich-private Partnerschaft« mit der Stiftung Denkmalschutz Berlin verwirklicht hatte.

Finanziert wurde die Humboldt-Box ursprünglich durch den Eigentümer der Megaposter GmbH, Gerd Henrich, sowie den Vorstandsvorsitzenden der Ströer Out-of-Home Media AG, Udo Müller. Zusammen mit den Eintrittspreisen sowie den Erlösen aus vermieteten Werbeflächen an Absperrung und Gerüst der künftigen Schloßbaustelle soll sich der Bau der

Humboldt-Box tragen. Nach Aussage von Henrich ist Müller mittlerweile nicht mehr an der Finanzierung beteiligt: »Invest und Risiko verbleibt nunmehr alleine bei der Familie Henrich.«

Während also die privaten Betreiber der Humboldt-Box so kalkulieren müssen, daß ihr Risiko möglichst klein bleibt, ist man, was dies angeht, auf seiten der Schloßstiftung eher großzügig. Laut Stiftungsratsmitglied Thierse sollten für den Bau zwar so viele Spenden wie möglich eingeworben werden. Funktioniere dies nicht, müsse eben notfalls der Staat einspringen: »Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bundesrepublik die vollständige Realisierung des größten Kulturprojekts ihrer Geschichte an ein paar Millionen scheitern läßt«, sagte er in der oben erwähnten Stellungnahme für die dpa. Wenn es um Prachtbauten geht, sitzen die öffentlichen Millionen offenbar recht locker.

Solch freigiebige Verfügen über öffentliche Mittel wurde von den Berlinern jedoch nicht immer widerspruchslos hingenommen. Als ihnen seinerzeit das Treiben des Kurfürsten Friedrich II. zu bunt wurde und er ihnen auch noch ein Gelände am Spreeufer des damaligen Cölln (heute Berlin-Mitte) abknöpfte, um darauf eine Burg – den Vorgängerbau des späteren Stadtschlusses – zu errichten, besetzten sie 1448 kurzerhand das Berliner Rathaus und setzten den Bauplatz unter Wasser. Dieser Vorgang ging als »Berliner Unwille« in die Geschichtsbücher ein. Der Wutbürger, der bei unsinnigen Projekten auf die Barrikaden steigt, ist also keine neuzeitliche Erfindung – und der heutige von seinen Vorfahren durchaus noch etwas lernen.

Anmerkungen

1 Jahresabschluß 2011 des Fördervereins Berliner Schloß e.V., S. 9

2 berliner-schloss.de/humboldt-box-links/meinungsumfragen-zum-schloss (Stand: 8.6.2013)

3 Philipp Oswalt/Ulrike Steglich (Urban Catalyst): Analyse der immobilienökonomischen Machbarkeitsstudie zum Neuaufbau des Schloßareals Berlin, Fassung vom 12.12.2005, S. 9

4 Abgeordnetenhaus von Berlin, Plenarprotokoll 16/10 vom 26. April 2007, S. 787

5 Protokoll der Jahresmitgliederversammlung des Fördervereins Berliner Schloß e. V. am 24. Juni 2011

Benedict Ugarte Chacón arbeitet als wissenschaftlicher Referent der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Zuletzt schrieb er auf diesen Seiten am 28.11.2012 über den Flughafen Berlin-Brandenburg.